

14.11.2011

Sitzungsvorlage Nr. 214/11**Produktorientierter Haushalt 2012 – Budget Arbeit und Soziales**

Gremien	Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie	Sitzungsdatum	07.12.2011
Organisationseinheit	Arbeit und Soziales	Berichterstattung	Sparbrod, Rüdiger
Beratungsstatus	öffentlich		
Budget-Nr.	50 , Arbeit und Soziales	Haushaltsjahr	2012
Produktgruppen-Nr.		Finanzielle Auswirkungen	
Produkt-Nr.			

Beschlussvorschlag

Der Entwurf für den Produkthaushalt 2012 des Budgets Arbeit und Soziales wird zur Kenntnis genommen.

Begründung der Vorlage

Der Entwurf des Haushaltes des Fachbereiches 50 - Arbeit und Soziales - sieht für das Jahr 2012 folgende Ansätze vor:

Ordentliche Erträge	45.815.550 €
ordentliche Aufwendungen	-165.046.577 €
Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	- 470.528 €
Ergebnis	- 119.701.555 €

Das Gesamtergebnis verteilt sich auf die einzelnen Produktgruppen wie folgt:

Angaben in €	Produktgruppe 00 Budgetebene	Produktgruppe 01 Soziale Sicherung	Produktgruppe 02 Hilfen bei Pflegerbe- dürftigkeit	Produktgruppe 03 Wohnungs- wesen	Produktgruppe 04 Aufgaben des Schwerbehin- dertenrechts
Ordentliche Erträge	227.500	43.423.370	547.500	112.864	1.504.316
Ordentliche Aufwendungen	-313.300	-130.975.418	-31.037.920	-698.739	-2.021.200
Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-63.430	-101.815	-108.684	-42.834	-153.775
Ergebnis	-149.230	-87.653.863	-30.599.104	-628.699	-670.659

Die größten Aufwands- und Ertragsblöcke sind dabei:

◆ lfd. Kosten der Unterkunft und einmalige Leistungen (SGB II):	- 85.820 Mio. €
◆ Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (SGB II):	+ 29.771 Mio. €
davon	
• lfd. Kosten Unterkunft und Heizung	+ 21.954 Mio. €
• Bildungs- und Teilhabepaket	+ 7.817 Mio. €
◆ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII):	- 19.210 Mio. €
◆ Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung (SGB XII)	+ 8.275 Mio. €
◆ Leistungen für Bildung und Teilhabe (einschl. SGB II - Verwaltungskosten und Schulsozialarbeit)	- 7.068 Mio. €
◆ Stationäre Hilfe zur Pflege	- 24.332 Mio. €

Der Zuschussbedarf des Budgets „Arbeit und Soziales“ verringert sich im Vergleich zur Ansatzplanung des Vorjahres um 3,87 Mio. €.

Diese Verbesserung ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Ertragsseite zurückzuführen. Die Bundesbeteiligung an den Nettoaufwendungen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung steigt nämlich von bisher 15% auf 45%. Für das Jahr 2013 wird der Zuschuss sogar auf 75% angehoben und in 2014 ist eine Vollfinanzierung durch den Bund vorgesehen. Für das Haushaltsjahr 2012 ist hierdurch mit einer Ertragsverbesserung in Höhe von rund 5,7 Mio. € zu rechnen. Demgegenüber stehen jedoch auch steigende Aufwendungen in Höhe von 1,71 Mio. €. Durch den Demographiewandel einhergehend mit Altersarmut (durch Niedriglöhne und unterbrochene Erwerbsbiographien) sowie die steigende Lebenserwartung sind bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung kontinuierliche Aufwandssteigerungen zu erwarten.

Das Sozialbudget wird nach wie vor von den laufenden Kosten der Unterkunft und Heizung dominiert. Im bisherigen Jahresverlauf 2011 stagniert die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auf hohem Niveau (Juli 2011: 20.398) und verursacht monatliche Aufwendungen von nahezu exakt 7,0 Mio. €. Dieser Betrag ist auch als „Messlatte“ für die Planung 2012 angelegt worden, wobei aufgrund der Beschäftigungseffekte bei der „Bürgerarbeit“ und durch „Amazon“ eine Verringerung bei den laufenden Unterkunftskosten um 1% als Ziel vereinbart wird.

Auch im SGB II-Bereich steigt die Bundesbeteiligung auf jetzt 26,4 % (= 21,954 Mio. €); ein Prozentwert von 1,9% wird zusätzlich für die Warmwasserbereitung, die nicht mehr durch den Regelbedarf abgedeckt wird, erstattet.

Ein weiterer zusätzlicher Anteil von 9,4% der Bundesbeteiligung an den laufenden Kosten der Unterkunft wird für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes zur Verfügung gestellt. Hierfür ist ein neues Produkt (50.01.07) im Haushalt 2012 gebildet worden. Aus dem Erlös von 7,81 Mio. € sind die originären Leistungen für Bildung und Teilhabe, die Verwaltungskosten im Jobcenter und beim Kreis Unna sowie die Kosten der Schulsozialarbeit (2,3 Mio. €) zu bestreiten.

Auch bei der stationären Hilfe zur Pflege ist durch den Demographiewandel, Altersarmut und steigende Lebenserwartung, nicht zuletzt aber auch aufgrund regelmäßig steigender Pflegesätze, mit stetigen Aufwandssteigerungen in den Folgejahren zu rechnen.